

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Gerhard Scherhorn **3** Das Finanzkapital zwischen Gier und Verantwortung
- Bernd Senf **14** Geldfluss, Realwirtschaft und Finanzmärkte aus der Sicht verschiedener Wirtschaftstheorien
- Helmut Creutz **23** Geldspritzen und Leitzinskorrekturen
- Andreas Rams **28** "Subprime"-Kreditkrise – finanz- und realwirtschaftliche Entwicklungen
- Eckhard Behrens **35** Die Notenbanken, die Kapitalmärkte und der Boden
- Fabian Thiel **45** Sharia-kompatibles Landmanagement für den Nahen und Mittleren Osten
- Oliver Arndt **53** Die Transformation des Bodenrechts auf den Malediven
- Gerhard Senft **58** Zum Verhältnis von Geschichte und Ökonomie
- 63** Bücher – Personalie – Veranstaltungen
- 75** 42. Mündener Gespräche

Das Finanzkapital zwischen Gier und Verantwortung

Gerhard Scherhorn

Übersicht

- 1 Liberalisierung als Restauration
- 2 Eine Gegenvision: Demokratischer Wohlstand
- 3 Die Privilegien der Oligarchie ...
- 4 ... lassen sie sich noch rechtfertigen?
- 5 Für eine Verpflichtung des Kapitals!
Anmerkungen

Das Wort von der Gier des Finanzkapitals entnehme ich dem Titel von Philipp Augars Buch „The greed merchants.“¹ Das Wort ging in letzter Zeit auch im Kreis der Finanzinvestoren selbst um;² dort drückte es wohl eher die Angst vor der Überdehnung der jüngsten Spekulationsblase aus. Mir geht es nicht um die periodische Übersteigerung der Gewinnerwartungen, sondern um die Strukturen, die dem Finanzkapital die Gier nach immer größeren Anteilen an den Wirtschaftserträgen ermöglichen, ja geradezu aufdrängen. Diese Strukturen haben ihren letzten Schliff bekommen, als in den 1980er Jahren der internationale Kapitalverkehr liberalisiert und damit die Globalisierung eingeleitet wurde.

1 Liberalisierung als Restauration

Rückblickend ist gut zu erkennen, welche Erwartungen die Urheber motiviert haben und wie weit diese Erwartungen von der tatsächlichen Entwicklung bestätigt oder widerlegt worden sind.³ Für die politischen Täter, an der Spitze Thatcher (ab 1979) und Reagan (ab 1980), ging es darum, die jahrelange Stagflation durch neue Wachstumsimpulse zu beenden und zu diesem Ziel die Macht der Gewerkschaften zu schwächen, die behäbigen nationalen Oligopole der Industrie und der Banken aufzumischen, durch Liberalisierung und Privatisierung die Dynamik des Wettbewerbs zu steigern, kurz: das individuelle Gewinnstreben und die private Initiative anzuregen und zu belohnen. Für die ökonomischen

Vordenker Friedman und Hayek (ab 1947, der Gründung der Mont-Pélerin-Society) ging es um den Primat des Individuums über das Kollektiv und des Marktes über den Staat. Dass die Kapitalmarktakteure von der Liberalisierung kräftig profitieren würden, war der in Kauf genommene Preis für die beabsichtigte Intensivierung des Wettbewerbs, von dem man ja hofft, dass er die Anfangsgewinne immer wieder reduziert.

Tatsächlich aber hat die Liberalisierung keine funktionsfähigen internationalen Kapitalmärkte hervorgebracht, sondern die nationalen Kapitalmärkte von Kontrollen befreit und es den Finanzakteuren erlaubt, durch Verstärkung ihrer Marktposition den Wettbewerb zu ihrem eigenen Vorteil einzuschränken. So wurde zwar eine Steigerung des Sozialprodukts erreicht, doch kam sie hauptsächlich den oberen Einkommensschichten zugute, der ökonomischen Elite, den oberen Zehntausend, der Oligarchie – die Begriffe sind austauschbar, sofern man sie so versteht, dass auch die neuen Reichen einbezogen sind.

Denn da der Neoliberalismus sich zur Durchsetzung seiner Ideen einer Geldaristokratie bedient hat, die die Herrschaft über Kapital und Arbeit als ihr angestammtes oder erworbenes, jedenfalls sakrosanktes Recht betrachtete⁴ und bereit war, für dessen Verteidigung Geld und Organisation einzusetzen,⁵ geschah das, wovor Polanyi 1941 gewarnt hatte: Von der angestrebten Liberalität wurde nicht mehr verwirklicht als „die Fülle der Freiheit für jene, deren Einkommen, Muße und Sicherheit keiner Steigerung bedürfen.“⁶

Was tatsächlich geschah, zielte im Kern darauf ab, die Rahmenbedingungen der Finanzmärkte zu lockern, also das Finanzkapital von den Restriktionen zu befreien, die seit dem Ende des 2. Weltkriegs seine Marktmacht – genauer: seine Fähigkeit zur Verschleierung von Risiken und zur Ausnutzung von Informationsnachteilen und Po-

sitionsschwächen der jeweiligen Marktpartner – in halbwegs beherrschbaren Grenzen gehalten hatten. Die Entwicklungsländer wurden durch die Auflagen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank – beide sind 1982 auf einen neoliberalen Kurs getrimmt worden⁷ – zur Marktöffnung gezwungen, zu Privatisierung, Kürzung von Sozialausgaben, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Verschuldung bei amerikanischen Investmentbanken und staatlichem Einspringen bei Rückzahlungsschwierigkeiten. Die Industrieländer übernahmen mehr oder weniger bereitwillig die von England und den USA eingeführte Freigabe des Handels mit Finanzdienstleistungen, d.h. den Verzicht auf Genehmigungspflichten und Qualitätskontrollen für neue Anlageprodukte (Derivate), auf Transparenzvorschriften und Risikogrenzen für Akteure wie Banken, Hedgefonds, Private Equity Fonds, Pensionsfonds usw. Zudem wurden Finanzgeschäfte außerhalb der Börsen und Bankgeschäfte außerhalb der Bilanzen leichter möglich, die Trennung der Bankgeschäfte (trading, broking, advice) wurde aufgehoben, Veräußerungsgewinne wurden steuerbefreit, Mehrfach- und Höchststimmrechte abgeschafft, Spielräume für Aktienrückkauf und variable Managervergütungen erweitert. Und gleichsam als Krönung hat die US-Zentralbank seit den 1990er Jahren auch noch eine Politik extrem billigen Geldes mit Diskontsraten von 2 bis 1% betrieben.

Das Ergebnis war, dass sich von 1983 bis 2001 „der Tagesumsatz auf den internationalen Finanzmärkten von 2,3 Mrd. auf 130 Mrd. \$“ erhöhte, auf mehr als das 50fache. Welch schier unglaubliches Ausmaß an Geldschöpfung dadurch entfesselt wurde, zeigt die folgende Zahl: 2001 wurden von den 130 Mrd. weniger als 3 Mrd. \$ gebraucht, „um den internationalen Handel und die weltweiten Investitionen in den produktiven Sektor abzuwickeln.“⁸ Alles andere waren reine Finanztransaktionen, Spekulationen mit Devisen und Derivaten vor allem, Wetten auf die Zukunft also, in der Gegenwart aber überwiegend auf Kredit abgeschlossen. An diesen beteiligten sich die großen Unternehmen der produzierenden Wirtschaft ebenso wie die Kapitalmarktfonds, die Banken und die privaten Investoren. Neben die Gewinne aus der Produktion, und nicht selten

an ihre Stelle, traten die Gewinne auf den Kapitalmärkten, und es entstand „eine eindeutige Machtverschiebung vom Produktions- zum Finanzsektor.“⁹

All das wurde durch eine Befreiung des Finanzkapitals von bewährten Regeln und Kontrollen bewirkt. Man nahm keine Rücksicht auf die doch längst gesicherte Erfahrung, dass freier Wettbewerb seine positiven Wirkungen nur entfalten kann, wenn er vor Missbrauch geschützt wird. Intransparenz von Risiken und Qualitäten – heute gern als Asymmetrie von Informationen bezeichnet – lädt zum Missbrauch ein. Dass niemand an diese Gefahr gedacht hat, ist allzu unwahrscheinlich; man hat sie in Kauf genommen. Die liberalen Grundsätze sind „immer dann, wenn sie mit dem Bestreben kollidierten, die Macht der Eliten wiederherzustellen oder abzusichern, entweder aufgegeben oder bis zur Unkenntlichkeit verzerrt“ worden.¹⁰ Dass das keinen Widerstand der liberalen Vordenker hervorrief, muss nicht verwundern. Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte des Kapitalismus, dass politische Entscheidungen deshalb geschehen, „weil man mit Überzeugung und Gewissheit bestimmte Wirkungen von ihnen erwartet, die dann jedoch ganz und gar nicht eintreten.“¹¹

Erwartet wurde die Herrschaft des Marktes, erreicht wurde eine Restauration der Oligarchie. Das klingt nach einem Widerspruch, muss aber gar nicht so empfunden worden sein. Der Neoliberalismus ist einer Tradition verhaftet, die ihn an ein oligarchisches Verteilungsleitbild bindet und im Grunde daran hindert, sich auf die demokratische Verteilung einzulassen, die er auf den Lippen trägt, wenn er den Wohlstand aller verspricht. Und da die oligarchische Reichtumsverteilung in der Tat gestärkt wurde, können „die illusionären Erwartungen,“ die mit den Entscheidungen verbunden waren, auch diesmal dazu beitragen, „den Blick auf deren reale Folgen zu verstellen.“¹² Wer eine Steigerung des allgemeinen Wohlstands im eigenen Land und in der Welt erwartet hat, kann sich immerhin dadurch bestätigt fühlen, dass die Einkommen im Durchschnitt gestiegen sind; dass die Steigerung bei den unteren Schichten nicht angekommen ist, muss man aus oligarchischer Sicht nicht tragisch finden.

2 Eine Gegenvision: Demokratischer Wohlstand

Für den Gedanken demokratischer Verteilung schien das Klima nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine Zeitlang günstig. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, die Charta der Menschenrechte wurde verabschiedet, der Liberalismus war in eine wohlfahrtsstaatliche Politik eingebettet,¹³ die Emanzipation der Frauen und der Jugend nahm ihren Anfang. Die schnelle Expansion des Massenkonsums in den Industrieländern erschien vielen als ein temporäres Nachholen von Ansprüchen, das in eine Abflachung einmünden würde. 1958 wurde der für seine Wachstumstheorie berühmte Ökonom Roy Harrod vom US Committee for Economic Development gefragt, ob man auf längere Sicht eine Sättigung der Konsumgüternachfrage erwarten müsse.¹⁴ Er legte dar, dass stets nur eine kleine – oligarchische – Minderheit reich an den Gütern sein kann, die Fred Hirsch später positional nannte,¹⁵ eben weil sie die gehobene Position der wenigen symbolisieren, die sich mit diesen Gütern umgeben können: Direkte persönliche Dienste und durch Natur oder Konvention knappe materielle Güter wie Brillantschmuck, Luxuslimousinen, Haute Couture.

Dem oligarchischen stellte Harrod den für alle erreichbaren demokratischen Lebensstandard gegenüber. Dieser kann durch die Vermehrung derjenigen materiellen Güter gesteigert werden, die sich für Massenproduktion eignen, und das ist nicht wenig, wenn man an die heutige Standardausstattung europäischer Haushalte denkt. Die oligarchische Vielfalt persönlicher Dienste und positionaler materieller Güter dagegen ist für alle auf keinen Fall erreichbar. Aber wenn auch nur einige reich genug sein können, sich einen oligarchischen Lebensstil zu leisten, so können doch alle davon träumen. Dieser Traum ist das Produkt und die Triebkraft der Industriegesellschaft.

Harrods Thema jedoch war die Unerfüllbarkeit dieses Traums. Dieser kann nichts anderes bewirken, als dass die Bevorzugten nie saturiert und die Benachteiligten nie mit ihrem Los zufrieden sind, sondern stets nach dem streben,

was die relativ Bessergestellten gerade erreicht haben. Das kann möglicherweise unbegrenzt andauern, weil „Verkäufer und Werbetreibende die Wünsche der Konsumenten stets mit immer neuen Verlockungen wachhalten,“ doch müsse man fragen, ob dies auf einem hohen Niveau der materiellen Zivilisation „eine Lösung des Problems oder nicht vielmehr eine Gefahr“ darstelle.¹⁶

So plädierte Harrod für die Zukunftsvision, die vor ihm auch Keynes skizziert hat, beide übrigens ganz ohne Vorahnung der ökologischen Krise: Das „ökonomische Problem“ in einem Land (das Problem der Versorgung mit materiellen Gütern) wird an dem Tage „weitgehend gelöst“ sein, an dem „unsere Mittel zur Einsparung von Arbeit schneller wirken als wir brauchen, um neue Verwendungen für Arbeit zu finden,“¹⁷ und von da an wird demokratischer Wohlstand am ehesten dadurch gefördert, dass die Erwerbsarbeit durch sinnvolle, selbstbestimmte, kultivierende Nichterwerbstätigkeiten bereichert wird. Diese werden aus dem Zusammenspiel von mehr erwerbsfreier Zeit und mehr Bildung erwachsen, vorausgesetzt, dass sich dann auch im Erwerbsbereich der Schwerpunkt von der Produktion materieller Güter auf die Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Einsichten verlagern, d.h. die Gesellschaft muss dann mehr Menschen für die Tätigkeit in Erziehung und Bildung angemessener als bisher ausbilden, beschäftigen, wertschätzen und besolden.

Was Harrod vorschwebte, hat Dahrendorf ein Vierteljahrhundert später als Tätigkeitsgesellschaft beschrieben: Eine Gesellschaft, die dem Ideal folgt, „alles heteronome Tun von Menschen in autonomes Tun zu verwandeln,“ also keinem Lebensbereich „die Unfreiheit als unvermeidlich zugesteht“¹⁸ und nicht mehr akzeptiert, dass Arbeit fremdbestimmt sei und bleibe. In einem solchen Konzept bedeutet ein Mehr an Freizeit Raum für die „Lebensarbeit,“¹⁹ die die Beziehungs-, Familien- und Bürgerarbeit ebenso umfasst wie die Erwerbsarbeit. In ihm wird die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit nicht wegen der Verringerung des Erwerbseinkommens abgelehnt, sondern als Erweiterung der anderen Tätigkeitsräume begrüßt.²⁰

Mit dem liberalen Gedanken ist dieses Konzept durchaus vereinbar. Aber offenbar nicht mit dem neoliberalen. Denn es setzt einen Gleichrang von Arbeit und Kapital voraus, der die Oligarchie entthronen würde. Der Vorrang des Kapitals aber ist dem Neoliberalismus teuer.

3 Die Privilegien der Oligarchie ...

Wohin dieser Vorrang führt, hat vielleicht niemand so klar dargelegt wie Marjorie Kelly in „The Divine Right of Capital.“²¹ Wir nehmen gedankenlos hin, dass in den Erfolgs- und Bilanzrechnungen einer Kapitalgesellschaft die Arbeitenden nicht als Mitglieder behandelt werden, sondern als Kosten. Also nehmen wir auch hin, dass es die Bestimmung der Arbeitsplätze ist, ersatzlos reduziert zu werden. Wie wäre es, fragt Kelly, wenn die Erfolgsrechnung z.B. lautete: „Einkünfte der Kapitaleigner + Einkünfte der Beschäftigten = Verkaufserlöse – Kosten für Material und Vorleistungen“?²² Weder das Kapital noch die Arbeit würden als Ware betrachtet; Kapitaleigner und Arbeitnehmer wären vollberechtigte Mitglieder der Unternehmung mit dem Anspruch auf Teilhabe am Gewinn, über dessen Erwerb und Verteilung sie sich einigen müssten. Und auf beiden Seiten gäbe es die heutigen Vorrechte nicht. Die Arbeitenden hätten keine festen Löhne, sondern trügen (z.B. in Gestalt eines variablen Lohnbestandteils) das Unternehmensrisiko mit, die Fremdkapitalgeber hätten keine invariablen Zinsen, und die Kapitaleigner hätten keine unverdienten Privilegien. Diese sind auch früher schon in Frage gestellt worden; in den USA haben die Antitrustgesetze und der New Deal sie eingeschränkt, in Deutschland die Soziale Marktwirtschaft. Mit der neoliberalen Wende aber hat die Oligarchie ihre Privilegien zurückerobert.

Es sind zwei Privilegien, das Vorrecht der ewigen Kapitalexpansion und das der Bindungslosigkeit. Das Expansionsprivileg gilt für das große Kapital, mit dem Braudel den Kapitalismus gleichgesetzt hat. Ihm zufolge repräsentiert der Kapitalismus „den Bereich der großen Profite“²³ und man täuscht sich darüber hinweg, wenn man Marktwirtschaft und Kapitalismus gleich-

setzt, denn vom Kapitalismus wird „der Markt immer wieder umgangen oder verfälscht und der Preis willkürlich durch faktische oder gesetzlich verordnete Monopole diktiert.“²⁴ Das große Kapital ist rechtlich nicht natürlichen Personen zugeordnet, auch wenn diese de facto darüber verfügen, sondern wird in Kapitalgesellschaften verwaltet, die zum einen eine Haftungsbeschränkung genießen – die Eigentümer haften nur bis zur Höhe ihrer Kapitalanteile, nicht etwa mit ihrem Vermögen wie Einzelunternehmer und private Haushalte – und zum anderen unsterblich sind, weil die beschränkte Haftung an keine zeitliche oder inhaltliche Begrenzung gebunden ist.

Nur für das große Kapital wurde das Expansionsprivileg eingerichtet, nicht dagegen für die Marktwirtschaft in Braudels Sinn, die im wesentlichen von Einzelunternehmen, Personengesellschaften und kleineren, personen- oder familienbezogenen Kapitalgesellschaften gebildet wird. Für natürliche Personen gilt das Privileg nicht, denn dem zyklischen Stirb und Werde von Arbeit und Natur unterliegt auch das von Individuen angehäuften Kapital. Das Vermögen, das die einzelne Person im Lauf ihres Lebens ansammelt, wird nach ihrem Tod früher oder später wieder verteilt und verbraucht. Die Privilegierung der juristischen Person dagegen sichert die exponentielle Kapitalexpansion. Mit der liberalen Theorie ist sie schwer vereinbar, denn deren Vision ist die weitestmögliche Herstellung von Wettbewerbsbedingungen, die den Gewinn zwar als Innovationsanreiz zulassen, aber im Verlauf immer wieder auf Null bringen. Die unbegrenzte Akkumulation von Kapital in einzelnen Unternehmen dagegen kommt eher Monopolstrukturen zugute, also der Oligarchie.

Die Bindungslosigkeit – das Verneinen von Rücksichten auf die natürliche und soziale Mitwelt – wurde dem Kapitalismus in die Wiege gelegt. Eine ihrer Erscheinungsformen ist die Externalisierung privater Kosten auf Umwelt und Gesellschaft, eine andere die Usurpation von Gemeingütern bzw. die Aneignung der arbeitslosen Einkommen („Renten“), die sie abwerfen, sei es wegen ihrer Eigenproduktivität, sei es wegen ihrer Knappheit. Diese Usurpation ist eine Wur-

zel des Kapitalismus, denn der Spätfeudalismus des 15. und 16. Jahrhunderts ist vom „landwirtschaftlichen Kapitalismus“²⁵ abgelöst worden, als die Lehnsherren ihre Lehnspflichten nicht mehr akzeptierten, sondern den Grund und Boden, den sie vom König oder Kaiser entlehnt hatten, nun als ihr Privateigentum betrachteten.²⁶ Sie fühlten sich berechtigt, ihre bäuerlichen Lehnnehmer, die bis dahin den Boden bewirtschaftet hatten, vom Land zu vertreiben.²⁷ Über 200 Jahre lang, von vor 1600 bis nach 1800, hat die gewaltsame Umwandlung von Land, das einmal lehnsrechtlich gebunden gewesen war, in Privateigentum gedauert.²⁸

Der im 18. Jahrhundert aufkommende industrielle Kapitalismus hat dann das Prinzip der Bindungslosigkeit von der landwirtschaftlichen auf die technische Produktion übertragen, auch dort in beiden Erscheinungsformen, der Externalisierung privater Kosten auf Arbeitnehmer und Umwelt und der Aneignung der Renten von Gemeingütern; in Fällen wie den klimaschädlichen Emissionen sind beide Formen vereinigt.²⁹ Auch diese sind mit der neoliberalen Theorie nicht vereinbar. Denn da die Theorie ja vom Staat erwartet, dass er die Rahmenbedingungen für Wettbewerb herstellt und überwacht, muss es ebenso eine Staatsaufgabe sein, dafür zu sorgen, dass private Kosten nicht externalisiert und die Renten von Gemeingütern nicht usurpiert werden. Ausgerechnet an dieser Stelle aber setzt sich der neoliberale Widerwille gegen staatliche Eingriffe durch: Nicht wenige Neoliberale plädieren dafür, dass der Staat lieber nicht eingreift, „weil sie die Folgen der Kur für schlimmer halten als die Krankheit selbst“³⁰ – anders als mit einer Affinität zur Oligarchie ist das schwer zu erklären.

Die Privilegien der Feudalherren waren ursprünglich durch Pflichten gegenüber dem Herrscher, dem Staatswesen, den Bauern und Bürgern gerechtfertigt. Auch den Privilegien der frühen Kapitalgesellschaften in England und den USA standen ursprünglich staatlich auferlegte Pflichten gegenüber. Sie wurden in einer „Charter of Incorporation“ niedergelegt. Eine Corporation in den USA wurde für „einen eng definierten Zweck“ zugelassen, durfte „sich nur für begrenzte Zeit-

dauer niederlassen und nur an bestimmten Standorten tätig werden“ und auch Unternehmenszusammenschlüsse und Übernahmen unterlagen der Kontrolle.³¹ Aber bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Kapitalgesellschaften mit intensiver Lobbytätigkeit erreicht, dass diese Vorbehalte aufgegeben wurden und ihnen durch höchstrichterliche Rechtsprechung die Privilegien juristischer Personen zuteil wurden; zugleich wurden ihnen sogar auch die Rechte natürlicher Personen zugesprochen, namentlich das Recht der Meinungsfreiheit, das ihnen die legale Möglichkeit gab, über die Medien die politische Meinungsbildung zu beeinflussen. So gesellte sich zu der wirtschaftlichen Macht der politische Einfluss.³² Er hat schon in vielen Fällen bewirkt, dass Kapitalgesellschaften die gesellschaftlichen Bedingungen, die sie für die ungestörte Expansion des Kapitals brauchen, selbst herbeigeführt haben.³³ Diese Expansion ist ihr eigentliches Ziel. „1955 produzierten die 500 größten US-Konzerne ein Drittel des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts, 2004 waren es schon zwei Drittel.“³⁴

4 ... lassen sie sich noch rechtfertigen?

Immerhin konnte man bis zur Liberalisierung der Kapitalmärkte noch daran glauben, dass das Finanzkapital in enger Beziehung zum ökonomischen Realkapital steht, und dass die Kapitalprivilegien trotz manchen abzustellenden Missbrauchs doch im Großen und Ganzen durch die volkswirtschaftlich wichtige Funktion gerechtfertigt sind, über die Kapitalmärkte die anlage-suchende Liquidität der vielen kleineren und größeren Sparer und Finanzinvestoren zu sammeln und eine möglichst optimale Transformation dieser Liquidität in reale Produktion zu vermitteln. Danach sieht es nicht mehr aus.

Schon immer ging die Kapitalexpansion auch zu Lasten der natürlichen und der sozialen Umwelt,³⁵ d.h. sie beruhte zu einem nicht geringen Teil auf Naturzerstörung und Ausbeutung, kurz: auf Bindungslosigkeit. Doch hatte der Wohlfahrtsstaat der 1950er und 1960er Jahre die soziale Bindung des Kapitals verstärkt, und seit

dem Bewusstwerden der ökologischen Krise in den 1960er Jahren gab es Hoffnung, dass auch die Rücksicht auf die natürliche Mitwelt zunehmen würde. Heute ist Nachhaltige Entwicklung zumindest der Idee nach das Ziel der Weltgemeinschaft. Danach dürften beide Privilegien, wenn überhaupt, nur noch in den Grenzen der nachhaltigen Entwicklung gelten, also bei angemessener Rücksicht auf die natürliche und soziale Mitwelt. Seit der neoliberalen Wende aber beruht die Kapitalexpansion trotz allen Umweltschutzes zu einem großen Teil weiterhin darauf, dass private Aufwendungen, die im Interesse der natürlichen und/oder der sozialen Mitwelt notwendig wären, unterlassen und auf diese abgewälzt („externalisiert“) werden. Die dadurch verbilligten Preise verursachen Überkonsum im Vergleich zu dem Konsumniveau, das bei nachhaltiger Entwicklung möglich wäre,³⁶ die im gleichen Sinn überhöhten Gewinne verursachen vierfach soziale Verwerfungen:

Erstens vermehrt sich das Finanzkapital heute wieder verstärkt auf Kosten der sozialen Mitwelt. Finanzmarktfonds zwingen Produktionsunternehmen zur kurzfristigen Steigerung der Rendite und des Börsenwerts, was allzu oft zur Entlassung von Arbeitskräften trotz guten Geschäftsgangs führt, weil die Finanzmarktakteure auf höhere Gewinnmargen drängen. Die Gesamtrendite des Nokia-Konzerns zum Beispiel soll ab 2008 „von jetzt 15 auf 20 Prozent steigen,“ deshalb soll das Werk in Bochum, das nur 15% Gewinn abwirft, mit seinen über 2000 Arbeitnehmern geschlossen werden.³⁷

Zweitens nimmt die Externalisierungsstrategie des großen Kapitals mehr und mehr Züge einer Kannibalisierung des Realkapitals an. So wird die Privatisierung natürlicher Monopole wie z.B. Bahnstrecken durch Vernachlässigung der Infrastruktur missbraucht³⁸ und werden unternehmerische Produktionsanlagen durch Übernahme und Ausaugung zerstört. Z. B. finanzieren Private-Equity-Fonds den Kaufpreis für ein von ihnen übernommenes Unternehmen zu weit mehr als 50% mit Bankkrediten, zwingen das übernommene Unternehmen zur Verzinsung und Tilgung der Kredite, eignen sich dessen Eigenkapital an, verkaufen Tochtergesellschaften, Betriebsstätten

und Immobilien, drücken die Personalkosten, stellen die Forschung ein und verkaufen es schließlich an einen weiteren Finanzinvestor, der das Spiel weitertreibt. „Viele dieser angeblichen Investoren sind in Wahrheit Eigenkapitalräuber.“³⁹ – Oder Banken verkaufen Kredite, die sie privaten Haushalten oder Unternehmen gewährt haben, mit einem Abschlag weiter an andere Unternehmen, die sich auf die Verwertung solcher Kredite spezialisiert haben. Diese kündigen die Kredite nicht selten vorzeitig und treiben die Schuldner in neue Verschuldung oder in Zwangsversteigerung. Im Fall der US-Immobilienblase sind die Käufer der „Subprime“-Kreditderivate selbst Banken; diese müssen zwar die dubiosen Forderungen als Verluste abschreiben, aber sie können sich ja darauf verlassen, dass sie durch staatliches Eingreifen vor dem Äußersten bewahrt werden.

Drittens hat das Finanzkapital sich soweit verselbständigt, dass es einen guten Teil seiner Expansion unabhängig von der realen Produktion hervorbringt, nämlich durch Spekulation mit Devisenkursen und Derivaten, die größtenteils mit Geldschöpfung finanziert wird. Wie eingangs schon dargelegt, hat das Finanzkapital sich seit der Liberalisierung um mehr als das 50fache vermehrt. Es ist um so vieles größer geworden als die reale Produktion, dass diese zu seiner Verzinsung immer höhere Erträge abwerfen muss. Da das immer schwieriger wird, ist das Finanzkapital gezwungen, „Gewinne jenseits der warenproduzierenden Sphäre zu realisieren, durch die Spekulation.“⁴⁰ Die Vermehrung des Finanzkapitals aber findet kaum mehr in der konventionellen Form der Ausgabe neuer Aktien statt, die von den Sparern und Geldanlegern gekauft wurden. Heute machen die Konzerne so hohe Gewinne, dass sie Teile davon den Rücklagen zuweisen und diese Rücklagen in Eigenkapital umwandeln können, d.h. sie geben an die bisherigen Kapitaleigner Gratisaktien aus und kaufen eigene Aktien zurück. 1999 waren weniger als 1 Prozent aller auf den Finanzmärkten in den USA gehandelten Aktien Neuemissionen, und die Corporations haben mehr Aktien zurückgekauft als neu ausgegeben.⁴¹

Aber dass ohne Produktion Gewinn erzielt wird, bedeutet nicht, dass niemand dafür zahlen muss. Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat Bereicherungspraktiken in riesigem Ausmaß geschaffen, die alle auf „Akkumulation durch Enteignung“⁴² hinauslaufen. Investmentbanker z.B. agieren auf beiden Seiten des Marktes zugleich und sammeln Insiderwissen über die Akteure beider Seiten, das ihnen einen nie dagewesenen Machtvorsprung gibt.⁴³ Zugleich rechnen sie mit den geringen Risiken von Perioden guten Geschäftsgangs, verschleiern die bei Rückschlägen zu erwartenden Risiken und werden für den Erfolg schon belohnt, bevor ihre Spekulationen abgewickelt sind, d.h. sie übernehmen keine Verantwortung für Verluste.⁴⁴ Es wundert nicht, dass ihre Finanzdienstleistungen sich eher verschlechtern als verbessert haben.⁴⁵ Die US-Immobilienkrise ist das ultimative Beispiel dafür. Banken gaben Immobilienkredite an dubiose Schuldner, schnürten daraus Kreditderivate und verkauften sie mit Abschlägen, so dass sie aus ihren Bilanzen verschwanden und die Käufer sich für den Rückzahlungsfall hohe Gewinne versprachen. Die Rückzahlung war aber von der Erwartung steigender Immobilienpreise abhängig; als das Angebot an Immobilien überhand nahm und die Preise fielen, konnten die Schuldner die Annuitäten nicht mehr zahlen und die neuen Gläubiger mussten ihre Forderungen abschreiben. Die Haftung tragen nicht etwa die, die die Geschäfte getätigt haben, sondern zum Teil die Aktionäre der letzten Käufer, vor allem aber die Steuerzahler – denn sobald die Liquidität einer Bank oder eines großen Unternehmens bedroht ist, gilt die neoliberale Maxime nicht mehr, dass das Individuum die Vorteile und Risiken seiner Entscheidungen selber trägt.

Viertens geht die Bereicherung nicht nur auf Kosten der entlassenen Arbeitnehmer und der gescheiterten Kreditnehmer und Anleger, sondern generell auf Kosten der unteren und mittleren Einkommen. In den USA sind in den 24 Jahren von 1979 bis 2003 die Einkommen vor Steuer im untersten Fünftel der Einkommensbezieher um 3,5% gestiegen, im obersten Fünftel aber um 46%. Die Steuerpolitik hat diese Ungleichverteilung sogar noch verschärft. Bei den

Einkommen nach Steuerabzug hatte das unterste Fünftel eine Steigerung der kleinen Einkommen um 9% zu verzeichnen, die hohen Einkommen des obersten Fünftel aber sind um um 68% gestiegen, und die Einkommen des obersten Zehntels haben um 201% zugelegt.⁴⁶

Zugleich sind auf den oberen Rängen, wo man sich mehr leisten konnte, die Konsumansprüche weiter gestiegen; wie bisher hat deren Steigerung die jeweils niedrigere Schicht zur Anhebung der eigenen Ansprüche veranlasst, und der Wettlauf der Konsumansprüche hat seinen Teil dazu beigetragen, dass es den breiten Mittelschichten immer schwerer fällt, ihr Konsum- und Lebensniveau zu verteidigen und die „relative Deprivation“ zu vermeiden, die ihnen droht. Denn die Kosten für Wohnung, Kleidung, Nahrung, Geselligkeit, Bildung, soziale Sicherheit nehmen zu, weil alle Ansprüche an das gestiegene Vergleichsniveau angepasst werden müssen; aber die Einkommen steigen nicht im gleichen Umfang, so dass auch in der Mitte der Einkommenspyramide sich viele gezwungen fühlen, länger zu arbeiten, um mithalten zu können.⁴⁷ Und am unteren Ende nimmt sowohl die Anzahl derer zu, denen die Niedriglöhne nicht zum Leben reichen, als auch derer, die selbst zu diesen Löhnen keine Erwerbsarbeit mehr finden.

Mit einem Wort: Die Privilegien sind weniger denn je durch volkswirtschaftliche Leistung gerechtfertigt, weil sie das Finanzkapital dazu gebracht haben, seine Macht allein zur eigenen, selbstzweckhaften Expansion einzusetzen. So kann die Liberalisierung rückblickend als eine Strategie betrachtet werden, die Vorrechte der Oligarchie dadurch zu sichern, dass Hindernisse gegen die Vermehrung des Finanzkapitals aus dem Weg geräumt wurden. Die Strategie war erfolgreich, aber zerstörerisch. Sie hat die Macht des großen Kapitals wiederhergestellt und sogar noch gestärkt, aber zu Lasten der natürlichen und sozialen Mitwelt, ökonomisch ausgedrückt des Natur- und Sozialkapitals.⁴⁸ Wie wir heute erkennen, ist das Wirtschaftssystem dadurch noch instabiler geworden, als es vorher schon war. Die gesellschaftliche Indolenz gegen die Risiken der Naturzerstörung⁴⁹ hat sich trotz der Klimakatastrophe kaum vermindert,

und die Dynamik der Ungleichverteilung hat sich beschleunigt.

5 Für eine Verpflichtung des Kapitals!

So geht heute vom Finanzkapital eine Perpetuierung der Aufwandskonkurrenz aus, die in der Industrie- und Konsumrevolution des 18. Jahrhunderts die Emanzipation der breiten Schichten vorangetrieben hat,⁵⁰ nun aber das Gegenteil bewirkt: Sie erzwingt die Fortdauer des Leitbilds vom oligarchischen Wohlstand, hindert die Industriegesellschaften an der Weiterentwicklung zu Tätigkeitsgesellschaften, vereitelt die Verringerung der nationalen und weltweiten Wohlstandsunterschiede und hemmt die Entfaltung des einzigen Verteilungsprinzips, das mit nachhaltiger Entwicklung vereinbar ist, des demokratischen Wohlstands.

Dieses Prinzip ist mit Nachhaltigkeit vereinbar, weil nachhaltige Entwicklung nur erreicht werden kann, wenn die Praktiken der Externalisierung konsequent aufgegeben werden. Das bedeutet die Beseitigung des Überkonsums, denn die Externalisierung privater Kosten macht die Waren billiger als sie bei nachhaltiger Entwicklung wären, die Verbilligung der Marktgüter erhöht die Nachfrage nach ihnen, die Produzenten können mehr absetzen und die Konsumenten mehr kaufen als wenn sie für die vollen Kosten aufkommen müssten. Doch der notwendige Verzicht auf solche Vergünstigungen kann sich nicht durchsetzen, wenn die Aufwandskonkurrenz ständig durch das „trickle down“⁵¹ neuer Konsumansprüche angestachelt wird.

Maßnahmen der sekundären Einkommensverteilung⁵² ändern daran nicht genug, selbst eine progressive Konsumsteuer nicht, wie Frank und Cook sie vorschlugen.⁵³ Denn ein Staat, der die Verteilung der Einkommen auf den realen Märkten nicht problematisiert, hat dem Steuerwiderstand des von ihr begünstigten Kapitals kein Argument und kein Machtmittel entgegenzusetzen. Durch den Verzicht auf die Problematisierung gibt er das Argument aus der Hand, dass die reale Verteilung durch Marktmacht verzerrt wird, die an der Quelle korrigiert werden muss. Und indem er vor der Marktmacht des großen

Kapitals zurückweicht, trägt er das Seine dazu bei, das es sich seinem Zugriff entziehen kann. Die Grundlage dafür liefert die neoliberale Theorie. Sie besteht darauf, dass die Verteilung der Markterträge auf die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Natur sich jedenfalls in der Tendenz nach dem Verhältnis ihrer Beiträge zum Produktionsergebnis (genauer: der Relation der Grenzproduktivitäten) richte, und dass der Staat nicht in sie eingreifen, sondern sie allenfalls nachträglich durch Steuer- und Sozialpolitik korrigieren dürfe. Diese Maxime hängt in der Luft, wenn die Primärverteilung der Markterträge durch die Privilegierung des Kapitals systematisch verzerrt wird. Die Verzerrung kann nur durch Aufhebung der Privilegien bzw. Auferlegung von Pflichten beseitigt werden.

Noch heute sind Manager von Kapitalgesellschaften rechtlich gehalten, sich allein den shareholders verantwortlich zu fühlen. „Nach unseren Gesetzen machen sich die Manager eines Unternehmens der ‚Untreue‘ schuldig, wenn sie das Unternehmen wissentlich so führen, dass die Gewinne zurückgehen.“ Henry Ford wurde 1916 erfolgreich verklagt, weil er den Mindestlohn der Arbeiter auf fünf Dollar pro Tag angehoben und den Preis des Modells T auf die Hälfte gesenkt hatte. „Das Gericht erklärte, Fords humanitäre Empfindungen ... seien zwar lobenswert, aber das Unternehmen sei dazu da, Gewinne für die Aktionäre zu erzielen.“⁵⁴ Unter solchen Bedingungen ist es „in der Struktur des Unternehmens angelegt,“ dass die Manager den Vorteil des Unternehmens – und ihren eigenen – zu Lasten der Allgemeinheit verfolgen; das Unternehmen ist dann in der Tat „die perfekte Externalisierungsmaschine.“⁵⁵ Soziale und umweltpolitische Ziele dürfen freiwillig nur verfolgt werden, wenn und soweit sie die Interessen des Unternehmens und seiner Aktionäre fördern; „keine Führungsmannschaft in den börsennotierten Unternehmen ist bereit oder gesetzlich befugt, darüber hinaus soziale Verantwortung zu übernehmen.“⁵⁶

Zusammen mit den Kapitalprivilegien und der fehlenden Kontrolle der Finanzmärkte hat man in der Shareholderzentrierung der Kapitalgesellschaften die Strukturen, die das Finanzkapital von Verantwortung freistellen, in einer Nuss-

schale. Es gibt keinen sachlichen Grund, sie unverändert zu lassen, auch nicht die furchtsame Mahnung, das Kapital sei „ein scheues Reh“ – es kann nur begrenzt ausweichen, weil es auf Anlagechancen angewiesen ist. Die soll es auch weiterhin haben, aber zu anderen Bedingungen:

■ **Finanzmarktakteure** müssen gegenüber den nationalen Aufsichtsorganen zur Transparenz der eingegangenen Risiken verpflichtet sein. Eine internationale Aufsicht muss errichtet werden. Für die Banken muss es Obergrenzen bzw. Kapitaldeckungs Vorschriften für Kredite mit Hebelwirkung, für Kredite zur Devisenspekulation und für den Kauf von Derivaten geben, sowie ein Verbot für Kredite an „offshore“ residierende Akteure. Firmenübernahmen müssen überwiegend aus dem Eigenkapital erfolgen. Derivate müssen genehmigungspflichtig sein. Geschäfte außerhalb der Bilanz müssen durch strengere Buchhaltungsregeln verhindert werden. Eine Börsenumsatzsteuer muss kurzfristige Transaktionen erschweren. Finanzmarktakteure müssen für ihre Fehler haften, auch die Banken. Vergütungsregeln für Mitarbeiter mit eigener Entscheidungsbefugnis müssen transparent sein und dürfen nicht so ausgestaltet sein, dass sie das Verschleiern hoher Risiken belohnen.

■ In **Kapitalgesellschaften** müssen Kapital, Arbeit und Natur gleichrangig am Betriebsergebnis beteiligt werden, die Arbeit nach dem in Abschnitt 3 erwähnten Modell einer Gewinn- und Risikobeteiligung, die Natur durch einen gesetzlichen Rahmen, der die Externalisierung privater Kosten generell verbietet und durch spezielle Regelungen wie Emissionszertifikate, Richtlinien, Anreize, Benchmarks ergänzt wird.⁵⁷ Das Management darf nicht durch obligatorische Quartalsberichte und an den Kurswert gebundene Vergütungen zu kurzfristiger Renditesteigerung veranlasst werden. Das Mitentscheidungsrecht der Aktionäre sollte an die Haltedauer der Aktien geknüpft werden.

Ergänzt werden muss all dies durch eine zeitgemäße Form der Charter of Incorporation, wie sie in den USA gefordert wird.⁵⁸ Eine moderne Charta hätte als erstes die Funktion, die Privilegien sichtbar zu machen, die die Unterneh-

mung genießt. Das sind weit mehr als die beschränkte Haftung.⁵⁹ Es ist die Nutzung all der natürlichen und sozialen Gemeingüter, von der sie profitiert, wenn sie Markenartikel verkauft, Werbung betreibt, Copyright in Anspruch nimmt, Kapital aufnimmt, CO₂ emittiert usw. Es ist das Bildungs- und Gesundheitssystem, es sind die kulturellen Leistungen, die zur Attraktivität ihres Standorts beitragen, und vieles mehr. Die Charta muss als zweites ins Bewusstsein heben, dass diesen Privilegien umso mehr Pflichten gegenüberstehen, je größer das Unternehmen wird, denn mit der Größe des Umsatzes sinken die internen aber steigen die externen Grenzkosten, also muss mit der Größe auch die Verpflichtung steigen, die externen Kosten zu senken und sich an der Erhaltung und Kultivierung der natürlichen und sozialen Gemeingüter zu beteiligen, die zur Degression der internen Kosten beitragen. Drittens muss die Charta feststellen, dass im Fall wiederholter Pflichtverletzung die „license to operate“ entzogen werden kann. So wird das Unternehmensmanagement auf seinen Beitrag für die Erhaltung und Kultivierung der Gesamtheit des Natur- und Sozialkapitals verpflichtet, und diese Verpflichtung wird zur Grundlage für den zivilgesellschaftlichen Diskurs über die Leistungen der Unternehmen.

Auf diese Weise werden die Ursachen für die Gier des Finanzkapitals, für die extremen Verteilungsunterschiede, für die Naturzerstörung und den Überkonsum beseitigt. Damit wird zugleich die Verdrängung der marktfreien Güter aufgehoben, die jetzt stattfindet, weil die Marktgüter durch Externalisierung von Kosten verbilligt sind, die marktfreien Güter aber zu ihren vollen Kosten hergestellt werden müssen: Selbstbestimmte Entfaltung, gesunde Lebensführung, menschliche Zuwendung, soziale Eingebundenheit, gemeinschaftsbezogenes Handeln werden heute als relativ aufwendig empfunden, da sich als Alternative die Beschäftigung mit attraktiven und komfortablen Marktgütern aufdrängt, für die man nicht einmal den vollen Preis zu zahlen braucht.⁶⁰ Wenn aber die Abwertung der marktfreien Güter beendet wird, dann bekommt das Leitbild des demokratischen Wohlstands eine reelle Chance.

Anmerkungen

- 1 Augar, Philipp (2005). *The greed merchants. How the investment banks played the free market game.* London: Penguin Books.
- 2 „Die Gier hat die Macht übernommen,“ sagte kürzlich David Rubinstein, einer der Gründer von Carlyle und eine Ikone der Branche“ (Storn, Arne: *Kaufrausch auf Kredit.* DIE ZEIT Nr. 26, 21. Juni 2007, S. 23).
- 3 Vgl. dazu Harvey, David (2007). *Kleine Geschichte des Neoliberalismus.* Zürich: Rotpunktverlag, und die dort S. 257 angegebene weitere Literatur.
- 4 Kelly, Marjorie (2001). *The divine right of capital*, Kap. 1-3. San Francisco: Berrett-Koehler Publ.
- 5 Das Zusammengehen von Unternehmen und Think Tanks in kooperativen Aktionen zur Beeinflussung von Politik und Öffentlichkeit ist kompetent beschrieben bei Edsall, Thomas (1985). *The new politics of inequality.* New York: Norton.
- 6 Polanyi, Karl (1944). *The great transformation.* New York: Farrar. Zitiert nach der deutschen Ausgabe (1978). *The great transformation*, S. 339f. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- 7 Stiglitz, Joseph (2004). *Der Schatten der Globalisierung*, S. 28 ff. München: Goldmann.
- 08 Harvey 2007, *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*, S. 199.
- 09 Ebenda, S. 45.
- 10 Ebenda, S. 29.
- 11 Hirschman, Albert O. (1980). *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, S. 139. Frankfurt: Suhrkamp.
- 12 Ebenda.
- 13 Harvey 2007, S. 19-22.
- 14 Harrod, Roy F. (1958). *The possibility of economic satiety.* In: *Committee for Economic Development (Ed.), Problems of US Economic Development Vol. I*, pp. 73-74. New York: Committee for Economic Development.
- 15 Hirsch, Fred (1976). *Social limits to growth.* Cambridge/Mass.: Harvard University Press. Deutsch (1980). *Die sozialen Grenzen des Wachstums.* Reinbek: Rowohlt. Zum Bezug auf Harrod siehe S. 47.
- 16 Harrod 1958, S. 73.
- 17 Keynes, John Maynard (1930). *Economic possibilities for our grandchildren*, in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Vol. IX, S. 325.
- 18 Dahrendorf, Ralf (1983). *Die Tätigkeitsgesellschaft*, S. 91. In: *Ders., Die Chancen der Krise*, S. 88-100. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- 19 Schmid, Wilhelm (2006). *Die Fülle des Lebens*, S. 33. Frankfurt/Main: Fischer
- 20 vgl. Dahm, Daniel J. & Scherhorn, Gerhard (2008). *Urbane Subsistenz. Die zweite Säule des Wohlstands*, Kap. 8.3. München: oekom Verlag (in Vorbereitung).
- 21 Kelly 2001, *The divine right of capital.* San Francisco: Berrett-Koehler Publ.
- 22 Ebenda, S. 24.
- 23 Braudel, Fernand (1986). *Die Dynamik des Kapitalismus*, S. 99. Stuttgart: Klett-Cotta.
- 24 Ebenda, 45.
- 25 Wallerstein, Immanuel (1986). *Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert.* Frankfurt am Main: Syndikat.
- 26 Vgl. Meyer-Abich, Klaus Michael (1992). *Europas absolutistische Konsumwelt – Die zweite kopernikanische Wende.* Zeitschrift für Didaktik der Philosophie, 14 (1), 8-15. Zur Monopolisierung der Nutzungsrechte an Wäldern und Weiden seit dem 11. Jahrhundert vgl. auch Montanari, Massimo (1993), *Der Hunger und der Überfluss. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa*, S. 56-61. München: Beck.
- 27 Ausführlicher: Scherhorn, Gerhard (1998). *Privates und Commons – Schonung der Umwelt als kollektive Aktion.* In: M. Held & H. G. Nutzinger (Hrsg.), *Eigentumsrechte verpflichten. Individuum, Gesellschaft und die Institution Eigentum*, S. 184-208. Frankfurt/M.: Campus, sowie Scherhorn, Gerhard (1998). *Der Mythos des Privateigentums und die Wiederkehr der Commons.* In: A. Biesekker, W. Elsner & K. Grenzdörffer (Hrsg.), *Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden*, S. 29-42. Pfaffenweiler: Centaurus.
- 28 vgl. etwa Heilbroner, Robert L. (1960). *Wirtschaft und Wissen*, S. 29. Köln: Bund Verlag.
- 29 vgl. Haas, Jörg & Barnes, Peter (2006). *Wer erhält die Mitnahmegewinne aus dem Emissionshandel? Oder: Warum das europäische Emissionshandelssystem in einen Sky Trust umgewandelt werden sollte.* Berlin: Heinrich Böll Stiftung, www.boell.de/downloads/oeko/EU_Sky_Trust_deutsch.pdf.
- 30 Harvey 2007, *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*, S. 87.
- 31 Bakan 2005, *Das Ende der Konzerne*, 21.
- 32 Barnes, Peter (2006). *Capitalism 3.0 – A guide to reclaiming the commons*, S. 21. San Francisco: Berrett-Koehler Publ.
- 33 Ein Beispiel von vielen bietet die Kampagne gegen Hanf zugunsten anderer Textilfasern, vgl. Herer, Jack & Bröckers, Matthias (2004). *Die Wiederentdeckung der Nutzpflanze Hanf*, 40. Aufl. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- 34 Barnes 2006, S. 22.
- 35 Zum Begriff der natürlichen Mitwelt vgl. Meyer-Abich, Klaus Michael (1997). *Praktische Naturphilosophie.* München: Beck, S. 25: „Die Natur ist das Ganze, von dem wir ein Teil sind. Sie ist nicht nur die außermenschliche Natur, sondern diese ist ebenfalls ein Teil des Ganzen, allerdings der größere. Zur Unterscheidung sowohl von der Menschheit als auch vom Ganzen der Natur nenne ich sie unsere natürliche Mitwelt.“ Der Begriff umfasst das Naturgegebene an der Umwelt, also Tiere und Pflanzen, Mineralien und Gewässer, kurz: die belebte und unbelebte Materie einschließlich der Ökosysteme und des Klimasystems. Für den menschlichen und menschengemachten Teil der Umwelt verwende ich den Begriff der sozialen Mitwelt.
- 36 ausführlich bei Scherhorn, Gerhard (2008). *Nachhaltige Entwicklung: Die besondere Verantwortung des Finanzkapitals*, S. 48-56. Erkelenz: Altius Verlag.
- 37 Das Nokia-Werk in Bochum machte 2007 zwar noch einen Gewinn von 22 %, aber seine Kapitalausstattung war veraltet und hätte mit Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe modernisiert werden müssen; zudem passte sein Standort nicht in die neue Strategie des Konzerns, die Zulieferer nahe um die Produktionsstätten zu versammeln (DER SPIEGEL 4/2008, 71).
- 38 Schlechte und gute Beispiele bei: v. Weizsäcker, Ernst U. & Young, Oran R. (Hg., 2006). *Grenzen der Privatisierung. Wann ist des Guten zuviel? Bericht an den Club of Rome.* Stuttgart: Hirzel.
- 39 Schneider, Uwe H. (2006). „Systematisch geschwächt.“ Interview in DER SPIEGEL 38/2006, S. 100.
- 40 Interview mit dem Wirtschaftshistoriker Immanuel Wallerstein in: *Junge Welt*, 27. Okt. 2007. Vgl. auch Wallerstein, Utopistk. *Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts.* Wien: Promedia Verlag.
- 41 Kelly 2001, *The divine right of capital*, S. 34.
- 42 Harvey 2007, *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*, S. 198-205.
- 43 Augar 2005, *The greed merchants*, S. 99.
- 44 Rajan, Raghuram (2008). *Die Alpha-Fälscher.* Financial Times Deutschland, 10. Januar 2008.
- 45 Dazu ausführlich Augar 2005, S. 63-84.

- 46 Frank, Robert (2007). *Falling behind. How rising inequality harms the middle class*, Kap. 2. Berkeley: University of California Press.
- 47 Ebenda, S. 43-51, 78-86.
- 48 vgl. Scherhorn 2008, *Nachhaltige Entwicklung: Die besondere Verantwortung des Finanzkapitals*, Abschnitte 1.1 und 2.2.
- 49 vgl. Luhmann, Hans-Jochen (2001). *Die Blindheit der Gesellschaft. Filter der Risikowahrnehmung*. München: Gerling Akademie Verlag.
- 50 vgl. McKendrick, Neil, Brewer, John & Plumb, John H. (1982). *The birth of a consumer society. The commercialization of eighteenth-century England*. London: Europa Publishers; und Meyer-Abich, Klaus Michael (1992a). *Europas absolutistische Konsumwelt – Die zweite kopernikanische Wende*. Zeitschrift für Didaktik der Philosophie, 14 (1), 8-15.
- 51 Die Vorstellung des Herabtröpfelns neuer Ansprüche von oben nach unten stammt schon von Simmel, Georg (1904). *Fashion*. *International Quarterly*, 10, 130-155.
- 52 „Primäre Einkommensverteilung ist die sich aus dem Marktprozess ergebende Verteilung gegenüber der sekundären, die das Ergebnis der [staatlichen] Einkommensumverteilung ist.“ Aus: Woll, Artur (1996). *Wirtschaftslexikon*, 8. Aufl., S. 155. München: Oldenbourg.
- 53 Frank, Robert H. & Cook, Philip (1995). *The-winner-take-all society*, S. 212-217. New York: Free Press
- 54 Diamond, Jared (2006). *Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*, S. 596f. Eine ausführliche Darstellung bei Bakan, Joel (2005). *Das Ende der Konzerne. Die selbstzerstörerische Kraft der Unternehmen*, S. 48f. Hamburg: Europa Verlag. Originalausgabe (2004). *The corporation. The pathological pursuit of profit and power*. New York: Free Press.
- 55 Mitchell, Lawrence E. (2002). *Der parasitäre Konzern. Shareholder value und der Abschied von gesellschaftlicher Verantwortung*, S. 81. München: Riemann Verlag.
- 56 Bakan 2005, *Das Ende der Konzerne*, 61.
- 57 vgl. Scherhorn, Gerhard (2005). *Markt und Wettbewerb unter dem Nachhaltigkeitsziel*. Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht 28, 135-154. 58 vgl. Goodrich, Carter (Ed., 1967). *The government and the economy, 1783-1861*. Indianapolis: Bobbs-Merrill; Grossman, Richard L. & Adams, Frank T. (1993). *Taking care of business: Citizenship and the charter of incorporation*. Cambridge, MA 02140: Charter, Ink., PO Box 806.; Heinberg, Richard (2002). *A history of corporate rule and popular protest*. *Nexus Magazine*, 9, No. 6 (Oct-Nov.); Zinn, Howard (2001). *A people's history of the United States: 1492 to Present*. New York: Harper Perennial, deutsch (2007). *Eine Geschichte des amerikanischen Volkes*. Berlin: Schwarzerfreitag Verlag.
- 59 Beispielsweise haben Kapitalgesellschaften wegen ihrer oft weltumspannenden Wirtschaftsmacht ein besonders großes Externalisierungspotential, weil die Distanz zwischen denen, die die Entscheidungen über die Extraktion von Rohstoffen und die Emission von Schadstoffen fällen, und denen, die darunter zu leiden haben, besonders groß ist, vgl. Princen, Thomas (2002). *Distancing Consumption and the severing of feedback*. In: Th. Princen, M. Maniates & K. Conca (Eds.), *Confronting consumption*, 116-132. Cambridge/Mass.: MIT Press. Also muss ihre Betriebserlaubnis nicht nur an ein Externalisierungsverbot geknüpft sein, sondern auch an ein Gebot, die Distanz zu verringern, z. B. durch Verträge des Unternehmens mit den Produzenten in Entwicklungsländern, die diesen Umweltschutzvorschriften auferlegen und ihnen faire Entlohnung zusichern. Weil sie ferner besondere Möglichkeiten haben, externalisierte Kosten unsichtbar zu machen (vgl. Princens Ausführungen zum „Shading“ von Kosten, ebenda, S. 106-116), muss es auch besondere Transparenzpflichten geben.
- 60 vgl. Scherhorn, Gerhard (2005). *Wo bleibt der nachhaltige Konsum? Zeitschrift für Nachhaltigkeit*, 1 (1), 10-21.

Geld als Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts

„Der Satz des Ökonomen John Maynard Keynes wird uns durch die nächsten Jahrzehnte begleiten: Es werde sich die zentrale Diskussion über die Zukunft des Menschengeschlechts darum drehen, wie viel Spielraum man ‚den Geld machenden und ins Geld verliebten Instinkten als den Hauptantrieben der Wirtschaftsmaschine‘ einräumen dürfe. Die derzeitige Diskussion über die Managergehälter ist da nur der Vorbote einer tief schürfenden Debatte über die Neue Soziale Frage: wie der Ungerechtigkeit, der Ungleichheit, der immer breiteren Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb der Länder und zwischen den Ländern der Erde zu begegnen sei; inwieweit das freie Wirtschaften auf dem Markt und die Bewahrung sozialer Sicherheit auf einen Nenner gebracht werden können; ob der Kapitalismus Wettbewerbsfähigkeit mit gesellschaftlicher Solidarität zu verbinden lernt. Meine Prophezeiung: Die Neoliberalen werden dabei ebenso auf der Strecke bleiben wie im politischen Raum die Neokonservativen. Wenn nicht, wird der Kapitalismus im 21. Jahrhundert dasselbe Schicksal erleiden wie der Sozialismus kommunistischer Ausprägung im 20. Jahrhundert: Er wird an seiner menschenfeindlichen Schnödigkeit zugrunde gehen.“

Theo Sommer, 50 Jahre bei der ZEIT, in: Die ZEIT Nr. 2 vom 3. Januar 2008, S. 9.